

Kriminalprävention in der Praxis

Vom 14.–16. September 1995 fand in Lübeck der erste Deutsche Präventionstag statt, der im Rahmen eines europäischen Erfahrungsaustauschs vor allem praktische Beispiele kommunaler Kriminalprävention aufzeigen wollte.

Volker Bieschke

Der europäische Erfahrungsaustausch fand in vier Arbeitsgruppen statt. Die Themen: Kriminalprävention im Wohnquartier, Kriminalprävention in Stadtteil und Schule, Kriminalprävention – Jugend und Gewalt und Die Rolle der Wirtschaft in der Kriminalprävention.

Kommunale Kriminalprävention hat gerade deshalb eine so große Bedeutung, weil hier nicht aus einem isolierten Blickwinkel ein Problem analysiert wird, sondern Sicherheitskonzepte der Polizei mit sozial- und jugendpolitischen Planungen der Kommune unter Einbeziehung ehrenamtlich tätiger gesellschaftlicher Gruppen verzahnt werden können. Daß dies erfolgversprechend sein kann, wurde durch zahlreiche auf der Tagung referierte Beispiele verdeutlicht und stellt eines der zentralen Ergebnisse der Tagung dar.

Eingeladen worden war von den Veranstaltern, dem Kriminalpräventiven Rat der Hansestadt Lübeck, der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe, der Deutschen Bewährungshilfe, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dem Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein zu

einer »Arbeitstagung Kommunale Kriminalitätsverhütung – ein europäischer Erfahrungsaustausch«.

Kurz vor Veranstaltungsbeginn muß dann die Entscheidung gefallen sein, das Forum gleichzeitig als »Deutschen Präventionstag 1995« zu nutzen, wobei man sich vorsichtshalber nicht auf eine numerische Zuordnung eingelassen hat, weil man erst einmal sehen möchte, »ob sich hier eine Tradition abbahnt oder nicht.« (H.-J. Kerner).

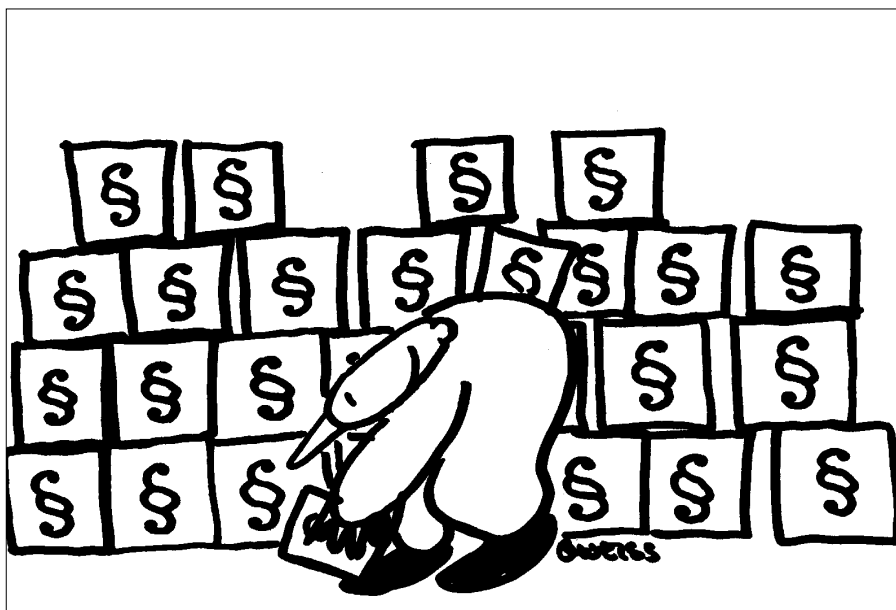
Die Leitung der Tagung oblag der Innensenatorin der Hansestadt Lübeck, Frau Pohl-Laukamp, die wissenschaftliche Beratung bei Dr. Jäger, dem Leiter des Lehrbereiches Kriminologie an der Polizeiführungsakademie in Hiltrup.

Frau Pohl-Laukamp war 1992 die Initiatorin des kommunalen Kriminalpräventiven Rates in Lübeck. Sie sieht es als eine Grundbedingung für derartige Projekte an, daß Kriminalprävention von den verantwortlichen Politikern zur »Chefsache« gemacht wird.

Diese Methode hat sich nach Auffassung von Prof. Dr. H.-D. Schwind (Bochum) als erfolgreich erwiesen. Schon 1978 wurde unter seiner »Regentschaft« als Justizminister in Niedersachsen der erste deutsche Landesrat für Kriminalprävention gegründet, der aber mit Ausscheiden des »Motors« aus seinem Amt wieder »eingeschlafen« ist, da Schwind's Nachfolger »nicht mehr das nötige Interesse für diese Sache hatte«. Auch in Schleswig-Holstein kann man in den letzten Jahren beobachten, daß die persönliche Einbindung der zuständigen Minister für Jugend, Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen, Sport, Bildung und Weiterbildung, Inneres und Justiz in die Arbeit des Rates viele positive Signale setzt und für die notwendige Kompetenz bei der Abarbeitung von Problemen und der Durchsetzung von Lösungsansätzen sorgt. Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. E. Wienholtz, der den von Prof. Dr. H.P. Bull 1990 ins Leben gerufenen Landesrat für Kriminalprävention nicht nur weiterführt, sondern auch unbedingt davor schützen will, daß man »seine

Strukturen von der Politik abkoppeln und in privatrechtliche Formen überführen« möchte, glaubt an die notwendige Stimulierungsrolle, die die Politik bei der Mobilisierung der Gesellschaft für Präventionsaufgaben hat. Einig waren sich alle Spezialisten darin, daß auf Bundesebene ein zentrales Gremium geschaffen werden sollte, welches sich über die Länder-, Regional- und Kommunalstruktur weiter aufsplittet, die gegenseitige Kommunikation erleichtert sowie Netzwerke anregt, schafft und unterstützt.

Ein Netz von kommunalen Strukturen sei, so der Vertreter vom Einzelhandelsverband, für die Wirtschaft Bedingung für eine eventuelle Mitarbeit. Wie eng die Sichtweise hier oft noch ist und wie wenig gesamtgesellschaftliche oder kommunale Verantwortung Wirtschaftsführer im Bereich der kommunalen Kriminalprävention an den Tag legen, wurde deutlich durch die eher spärliche Teilnahme sowie Redebeiträge u.a. auch von der IHK. Noch krasser wurde der Unterschied zu anderen europäischen Ländern durch den Vortrag und die anschließende Diskussion mit Dr. Husain, einem Manager von »Crime Concern« (ein nationales Consult-Unternehmen für Kriminalprävention in GB) sowie durch die Erfahrungen, die Prof. Dr. H.-J. Kerner frisch aus den USA mitbrachte. Dennoch war mit der Arbeitsgruppe »Die Rolle der Wirtschaft in der Kriminalprävention« ein wichtiger erster Schritt in Richtung Dialog und Kommunikation gemacht. Trotz unterschiedlicher Meinungen zu verschiedenen Fragen war man sich darin einig, daß die Wirtschaft auf diesem Feld mehr leisten kann und muß, aber auch intelligent eingebunden werden sollte und nicht nur als »zu melkendes Kalb« für Finanzprobleme betrachtet werden dürfe. Unternehmen müssen einen Nutzen für das Unternehmen aufgezeigt erhalten, damit ihr Engagement herausgefordert wird.



Kriminalitätsfurcht und subjektives Sicherheitsgefühl, nicht ausschließlich die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik, wurden auch auf der Fachtagung als entscheidende Parameter für die Notwendigkeit kommunaler Kriminalprävention herausgestellt. Dabei wurde auf die Verantwortung der Medien hingewiesen, konstruktiver mit dem Phänomen Kriminalität umzugehen, als es zur Zeit weit verbreitet ist.

Immer wieder hörte man auf der Tagung, daß Prävention eben nicht an Phänomenen ›herumdoktern‹ sollte, sondern bei den Ursachen von Kriminalität anzusetzen habe. Welches sind aber die anerkannten Ursachen? Hier setzt das Referat von Prof. Dr. H.-J. Kerner an, der im übrigen die Frage aufwarf, welcher Kriminalität wir denn vorbeugen wollen, denn es gebe offensichtlich doch »viele verschiedene Kriminalitäten«.

Interessanterweise konzentrierten sich die Tagungsteilnehmer weitgehend auf die Diskussion über Massendelikte, weil diese am ehesten Präventionsbemühungen zugänglich seien. Damit wird aber der Bereich des »white collar crime« weitgehend ausgeblendet. Die Kriminalität der Mächtigen (wirtschaftlich wie politisch), Korruption, Bestechung, Wirtschaftsspionage, Wirtschaftsverbrechen aller Art sind nicht die Probleme der Bürger sowie ihrer Unzufriedenheit und Angst, sondern angeblich sogenannte »aggressive Bettelei«, Hausieren, Einkaufspassagen belagern, Graffiti, Gewalt etc. Damit wurden zugleich die Adressaten bzw. die Zielgruppe der Bemühungen mit festgelegt: vordergründig Jugendliche!

Während der Innenminister von Schleswig-Holstein zum Kampf gegen die Kriminalität aufrief, sprach Prof. Kerner davon, daß es Kriminalität immer geben wird. Die Innensenatorin von Lübeck malte das Gespenst des möglichen »kriminellen Bürgerkriegs« an die Wand. Niemand sprach von einem anderen Lebensgefühl der jungen Generation, einer anderen Lebensführung mit völlig eigenen Wertmaßstäben und Anbindungen, die es zu akzeptieren gelte, oder von dem Frust, der aufkommen kann, wenn die Erwachsenen die Artiku-

lationen der Graffiti-Künstler am nächsten Tag achtlos abwaschen.

Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik, wußte schon *Franz von Liszt* vor über hundert Jahren zu sagen. Dies bleibt wohl eine entscheidende Aussage, wenn es um politische Ansätze für Kriminalprävention geht. Dabei sind die von Prof. *Schwind* favorisierten Sportvereine für Jugendliche sicher keine »Allheilmedizin«, aber möglicherweise ein Baustein für eine altersgerechte, verantwortungsbewußte Jugend- und Freizeitpolitik, welche helfen kann, bestimmten Formen kriminellen Verhaltens entgegenzuwirken.

Immer wieder fanden Redner, so der Innenminister Dr. *Wienholz*, Dr. *Jäger* (Polizeiführungsakademie Hilstrup) und andere die Formulierung von der »Neuen Kriminalprävention«, bzw. »neuen« Präventionsstrategie. Leider ging keiner auf diese entscheidend »neuen« Komponenten näher ein. Wenn es nur die Unterteilung in die drei Komponenten der primären, sekundären und tertiären Prävention ist, kann es so neu nicht sein, denn diese Differenzierung ist seit Jahrzehnten in jedem kriminologischen Lehrbuch nachzulesen. Die Einbindung der Bürger unter dem Stichwort der »gesamtgesellschaftlich« getragenen Kriminalprävention soll das entscheidende Neue sein, aber trotz vieler guter Erfahrungen und Beispiele scheint gerade hier das größte Problem zu liegen, den Sprung von der interministeriellen oder behördenübergreifenden Zusammenarbeit zu einer wirklichen, von breiten Kreisen der Bevölkerung getragenen Kriminalprävention zu schaffen. Neu ist sicherlich nicht die Erkenntnis, daß Prävention gut und Repression schlecht ist, sondern eine gute und wirkungsvolle Prävention nur in Verbindung mit einem gewissen (notwendigen) Maß an Repression wirksam werden kann (Prof. *Kerner*).

Obwohl das schleswig-holsteinische Modell, mit nunmehr einem Landesrat für Kriminalprävention, 3 Kreisgremien und 18 Räten im städtischen und gemeindlichen Bereich, schon seit längerem als richtungweisend angesehen wird, gibt es in dieser Intensität im übrigen Bundesgebiet (trotz einzelner An-

sätze z.B. in Baden-Württemberg, Hessen oder Mecklenburg-Vorpommern), bislang in der Praxis wenig Vergleichbares.

Im Verhältnis zu den Ländern wie Frankreich, England, aber auch Holland oder Dänemark (wo beispielsweise in 240 von 277 Kommunen kriminalpräventive Gremien, sogenannte SSP-Ausschüsse arbeiten) ist Deutschland immer noch ein kriminalpräventives »Entwicklungsland«, aber – und das wurde in Lübeck deutlich – im Aufbruch begriffen.

Niemand ist so schlecht, als daß er nicht immer noch als positives Beispiel für andere wirken könnte. So könnte man scherzhaft denken, wenn man einerseits die doch nur schleppende Bewegung in Deutschland zu einer wirkungsvollen kommunalen Kriminalprävention beklagt hörte, dann aber von einem ungarischen Tagungsteilnehmer zu hören bekam, daß er als verantwortlicher Koordinator der Regierung für Kriminalprävention sehr viel Neues und Gutes gelernt habe und er seiner Regierung dringend die Entflechtung der Aufgaben auf die Kommunen empfehlen werde. Auch andere osteuropäische Teilnehmer betonten, daß sie sehr von den Ergebnissen der Tagung profitiert hätten. Damit hatte die Tagung ein wesentliches Ziel erreicht und einen kleinen Beitrag zu einem »Europa ohne Grenzen« geleistet.

Die Ergebnisse aus den einzelnen Arbeitsgruppen wurden am letzten Tag zusammengetragen und in einem Katalog von Forderungen und Statements zusammengestellt.

- Darin war z.B. davon die Rede, daß der Generationenvertrag zunächst einmal von der Eltern-Generation eingehalten werden muß und die Kinder nicht »kaputt« gespart werden dürften.
- Auf Bundes- und Länderebene sind Unterrichtsmaterialien zu erarbeiten, die kriminalpräventive Ideen einbeziehen.
- Sozialarbeiter, Lehrer und Polizisten sollten eine interdisziplinäre Ausbildung erhalten.
- Die Zusammenführung von politisch oder sozial unterschiedlich motivierten Jugendgruppen sollte versucht werden.
- Es sollte versucht werden, Ag-

gressionen in konstruktive Aktivitäten umzuwandeln.

- Die Medien und die Wirtschaft sind stärker in die Kriminalprävention einzubeziehen.
- Das Selbstwertgefühl der Jugendlichen muß gezielt gestärkt werden.
- Durch wirksame Projekte können auch Geldmittel erschlossen werden.
- Interdisziplinäre Spezialisten müssen mit in die Wohnplanung einbezogen werden, auch innerhalb der ausgeschriebenen Wettbewerbe.
- Die Glaubwürdigkeit von Politikern darf nicht an Statements, sondern muß an praktischen Handlungen gemessen werden.
- Beispielfhafte Projekte, wie die Einbeziehung von Sozialarbeitern in Hannoveraner Polizeirevierern, sind auszuweiten.
- Die Öffnung der Schulen für die Freizeitgestaltung der Schüler und Anwohner hat auch kriminalpräventive Funktion.
- Humaner Städtebau muß Wohn-, Arbeits- und Lebensräume verbinden und Sozialplanung beinhalten.

»Das Problem der Kriminalprävention« liegt nach der Meinung des schleswig-holsteinischen Innenministers nicht darin, »daß wir über die vielfältigen Ursachen unterschiedlichster Kriminalitätsformen und über wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu wenig wissen. Das Problem liegt vielmehr in der Tatsache, daß das bereits vorhandene, sehr umfangreiche theoretische und praktische Wissen nicht ausreichend multipliziert und in konkrete Maßnahmen umgesetzt wird.«

Insoweit war die Tagung in Lübeck zweifelsohne ein Meilenstein, nicht nur durch die Ausrichtung auf den internationalen Erfahrungsaustausch, sondern vor allem auch durch die Einbeziehung konkreter kommunaler kriminalpräventiver Aktivitäten, wie etwa diejenigen in Lübeck, als gute Beispiele für die Möglichkeit der kreativen Umsetzung von Erkenntnissen und Erfahrungen in reales Handeln.

Volker Bieschke studiert Kriminologie im Aufbaustudiengang der Universität Hamburg